

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

14.3.1921 (No. 61)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphische
Anstalt
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die einmal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszentrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, mangeltweiliger Verteilung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Der Karlsruher „Volkshfreund“ bringt in seiner Nr. 60 vom Samstag den 12. März einen größeren Artikel, betitelt „Orgeschleibereien am Bodensee und die badische Justizverwaltung“. Anknüpfend an die Tatsache, daß in den letzten Februartagen auf das Gräflich Bodmansche Hofgut Karzege von einem Oberleutnant a. D. Fritz Keller aus Stuttgart ein größerer Waffentransport ausgeführt und die Waffen von dem Landesbewaffnungskommissar alsdann beschlagnahmt und der Vernichtung zugeführt wurden, wird der Staatsanwaltschaft, dem Justizministerium und dem Herrn Justizminister und Staatspräsidenten der Vorwurf gemacht, daß sie in der gerichtlichen Verfolgung ihre Amtspflicht ungenügend und faumselig erfüllt und die beteiligten Orgeschleute schonlich behandelt hätten.

Demgegenüber wird im Interesse der Aufklärung der Öffentlichkeit vom Staatsministerium offiziell festgestellt:

Am 25. Februar abends erhielt das Bezirksamt Konstanz Mitteilung von dem Waffentransport auf den Hof Karzege. Es verständigte wohl das Bezirksamt Stodach, das alsbald dienlich eingriff, nicht aber auch die zuständige Staatsanwaltschaft Konstanz. Diese erhielt erst am 28. Februar 1921 durch das Bezirksamt Stodach, welches der Meinung war, daß die Staatsanwaltschaft Konstanz vom Bezirksamt Konstanz bereits verständigt sei, von der Sache Kenntnis. Darauf begab sich der zuständige Staatsanwalt sofort noch am gleichen Tage auf den Hof Karzege und nach Bodman selbst und nahm hier die nach Sachlage gebotenen und möglichen Erhebungen vor. Eine Verhaftung des in die Sache besonders verwidelten früheren Offiziers Keller war nicht mehr möglich, da dieser bereits am 26. Februar mit seinen Begleitern wieder nach Stuttgart zurückgereist war. Der Staatsanwalt verständigte alsbald das Würtembergische Landespolizeiamt in Stuttgart wegen des Beschuldigten Keller. Keller behauptete zunächst bei seiner ersten Einvernahme einen Mißbrauch seines Namens bei dem Waffentransport auf den Hof Karzege. Der Staatsanwalt beantragte am 9. März die einstweilige Festnahme des Keller in Stuttgart und einen Erlaß des Hofbefehls gegen denselben beim Amtsgericht Stodach und stellte am 10. März nochmals Antrag auf Festnahme in Stuttgart, nachdem in der Zwischenzeit die Nämlichkeit des Keller festgestellt war. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist seit 28. Februar sonach im Gange und wurde mit aller möglichen Beschleunigung fortgeführt. Irgend eine Saumseligkeit oder Pflichtwidrigkeit kann der zuständigen Staatsanwaltschaft nicht zur Last gelegt werden. Es bestand und besteht daher auch kein Anlaß für das Justizministerium, im Wege der Dienstaufsicht einzugreifen. Der Herr Generalstaatsanwalt selbst hat sich, seit in der „Karlsruher Zeitung“ durch deren erste kurze Notiz am 1. März die Sache bekannt wurde, alsbald um den Fall angenommen und der Staatsanwaltschaft entsprechende Weisung gegeben, auch für sich mehrfach fortlaufenden Bericht einverlangt. Derselbe hat sich selbst auch im Interesse der geordneten Aufklärung und baldmöglichsten Erledigung der Angelegenheit mit dem Ministerium des Innern in steter Fühlung gehalten zwecks gemeinsamen geeigneten Vorgehens und unter gemeinsamer Betragung eines besonders tüchtigen Polizeibeamten mit den notwendigen Erhebungen. Da so weder von der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft noch von dem Herrn Generalstaatsanwalt irgend etwas versäumt war, lag für den Herrn Justizminister als obersten Beamten der Landesjustizverwaltung gar kein Anlaß vor, kraft seines Rechtes der Aufsicht und Leitung einzugreifen. Der Herr Justizminister und gleichzeitige Staatspräsident hat trotzdem, seit er Kenntnis von der Sache hatte, nämlich vom 1. März an sich für die volle, unparteiliche und möglichst rasche Aufklärung der Angelegenheit, um die Verhaftung der Schuldigen herbeizuführen, interessiert und den Generalstaatsanwalt alsbald angewiesen, zu sorgen, daß bei der Aufklärung der Tat nichts versäumt und mit tüchtigster Beschleunigung ohne Rücksicht auf Personen oder Sache alles objektiv nach Recht und Gesetz getan werde. Das Staatsministerium weist deshalb nach Prüfung der Akten die vom „Volkshfreund“ gegen die Staatsanwaltschaft, andere „Hohe Behörden“ und das Justizministerium, sowie den Herrn Justizminister und Staatspräsidenten erhobenen Vorwürfe und Angriffe einstimmig als unrichtig und unbegründet zurück.

Stand der Getreideablieferung in Baden.

Am 14. Februar 1921 waren die Landesjolls an Weizen 82.1 Proz., an Gerste zu 96.3 Proz. und an Hafer zu 81.5 Proz. erfüllt.

* Fochs unfreiwillige Bundesgenossen.

Der Mann, der in Frankreich am unerbittlichsten und entschlossensten den Standpunkt vertritt, daß Deutschland zerstört werden müsse, ist Marschall Foch. Überall dort, wo es sich bisher um Verhandlungen über Deutschlands Geßide gehandelt hat, hat Foch von diesem Standpunkt aus eingegriffen und das ganze Gewicht seines Namens in die Waagschale geworfen, um uns zu vernichten. Und wenn wir heute als Reich und Volk überhaupt noch existieren, so verdanken wir das sicher nicht Herrn Foch.

Der französische Marschall geht bei dieser seiner Politik von der Behauptung aus, daß sich in Deutschland nur ein scheinbarer Wechsel des Systems vollzogen habe, und daß der autoritär-militaristische Geist unter der Maske friedlicher Bekundungen und demokratischer Institutionen weiterglühme. Frankreich könne vor den Ausbrüchen dieses Geistes nur dann gesichert werden, wenn es gelinge, die deutsche Reichseinheit zu zerreißen, der Bevölkerung eine jede Möglichkeit der Gegenwehr zu rauben und wichtige Teile Deutschlands unter französische Oberhoheit zu bringen.

Wider ist Foch mit diesen seinen Auffassungen nicht durchgedrungen. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß es ein Moment gibt, welches gewissermaßen zwangsläufig im Sinne seiner Politik wirkt und unter Umständen für diese Politik außerordentlich nutzbringend verwertet werden könnte; und das ist das Mißtrauen, das auch heute noch in einem großen Teil des Auslandes der deutschen Friedfertigkeit gegenüber besteht.

Leuten, die von diesem Mißtrauen geplagt werden, würde Foch verhältnismäßig leicht seine eigene Überzeugung von der Gefährlichkeit Deutschlands beibringen können, wenn wir selbst so töricht wären, dem französischen Marschall einen plausiblen Vorwand zu liefern. Sowie Foch der Entente und darüber hinaus der ganzen Welt beweisen könnte, daß sich in einem eklatanten Falle der „Geist des preußisch-deutschen Militarismus“ wieder in Beforgnis erregender Weise bemerkbar mache, würde er die Entente und einen erheblichen Bruchteil der Neutralen sofort auf seiner Seite haben.

Im Ausland wird sich über die Frage der Reparationszahlungen, über die Frage der Bestrafung der sogenannten „Kriegsverbrecher“ und über die Schuldfrage streiten lassen, und eine volle Einmütigkeit wird sich nicht ergeben. Handelt es sich aber um das, was die Welt „den preußisch-deutschen Militarismus“ nennt, so wird im Ausland über die Notwendigkeit, gegen diesen Militarismus auch mit den Mitteln der Gewalt aufzutreten, kaum noch gestritten werden: es wird eine ziemlich reflexlose Übereinstimmung darüber bestehen, daß die Entente in diesem Punkte zu strengen Maßnahmen berechtigt ist, und die Sympathie der Neutralen würde sich bei einem entsprechenden Vorgehen der Entente sicherlich nicht Deutschland zuwenden. Ganz abgesehen davon, daß wir ja im Friedensvertrag sowohl, wie in den Abmachungen von Spa die Verpflichtung einer wirklichen Entwaffnung der Bevölkerung feierlich übernommen haben.

Daß Foch in seiner Politik noch weiter geht und ganz offenkundig bestrebt ist, das deutsche Volk zu unüberlegten Handlungen der Gewalt herauszufordern, macht das Tun und Treiben dieses Mannes noch gefährlicher. Ganz systematisch arbeiten Foch und die ihm unterstellten oder von seiner Politik beeinflussten militärischen Stellen darauf hin, das deutsche Volk zu schifanieren, und den Rationalismus aufzupeitschen. Foch wartet auf Unbesonnenheiten, um mit dem Hinweis auf sie die Nichtigkeit seiner Politik erhärten zu können.

An uns ist es, dies alles zu erkennen und uns so zu verhalten, daß jener Vorwand, auf den Foch wartet, nicht geliefert wird. Selbstverständlich heißt das nun nicht etwa, daß wir uns nun alles gefallen zu lassen brauchen. Im Gegenteil! Wo wir zweifellos im Rechte sind und überzeugt sein dürfen, daß das moralische Weltgewissen auf unserer Seite steht, haben wir die Pflicht, uns mit den uns verbliebenen Mitteln zur Wehr zu setzen. Und wenn, wie es jetzt geschieht, ein französischer Offizier einem Offizier der Dilsfelder Schutzpolizei mit der Reitpeitsche ins Gesicht schlägt, u. dieser daraufhin den Franzosen niederstößt, so wird man den ganzen Vorfall als solchen bedauern dürfen, aber die Handlung des deutschen Offi-

ziers durchaus verstehen. Und das deutsche Volk wäre nichtswürdig, wenn es nicht mit aller Leidenschaft für diesen deutschen Mann, der seine furchtbar beleidigte Ehre auf der Stelle gerächt hat, einträte.

In diesem Falle handelt es sich aber um eine unmittelbare freche Herausforderung durch einen Einzelnen. Ganz anders liegen die Dinge dagegen auf dem Gebiet der Entwaffnungsfrage. Hier handelt es sich, wie schon gesagt, um feste und feierliche Abmachungen, um Verpflichtungen, die wir übernommen haben, und die wir ausführen müssen, wenn wir nicht vertragsbrüchig werden wollen.

Diese Verpflichtungen sind erfüllt, mit einer Ausnahme. In Bayern ist die Entwaffnung noch nicht vollzogen. Und zu unserem großen Staunen und zu unserer großen Befremdung hören wir, daß die bayerische Regierung, gestützt auf das Wort der Koalitionsparteien und deren Presse, zu ihrem alten, ablehnenden Standpunkt zurückgekehrt ist. Bayern will nicht entwaffnen. Und es hat die Einbringung des neuen Entwaffnungsgesetzes im Reichstag benutzt, um mit aller nur möglichen Schärfe diese seine Weigerung kundzutun.

Was sich eigentlich Bayern bei diesem Tun denkt, wissen wir nicht. Wir stehen hier von einem Rästel. Denn wir können es uns nicht erklären, daß verantwortliche deutsche Staatsmänner eine Politik fortsetzen, von der sie doch selbst wissen, daß sie das ganze Vaterland in eine Katastrophe von unübersehbarer Wirkung hineintreibt. Anzunehmen, daß die Entente in der Entwaffnungsfrage Bayern gegenüber nachgeben wird, ist doch heller Wahnsinn. Wenn in einem Punkte bei der Entente Einmütigkeit besteht, so doch sicherlich in diesem Punkt. Und Foch wird sicherlich eine jede Vollmacht bewilligt erhalten, wenn es gelten sollte, den bayerischen Widerstand zu brechen.

Es wäre ein nicht auszumalendes Unglück für unser deutsches Volk, wenn die bayerische Halsstarrigkeit es wirklich zu einer solchen Kraftprobe kommen ließe. Und der deutsche Südwesen würde in erster Linie von diesem Unglück betroffen werden. Wir müssen deshalb an Bayern von neuem den ersten und dringenden Appell richten, es möge doch in dieser Stunde der Not, in einem Augenblick, wo doch schon der Abbruch der Londoner Verhandlungen und die Verbhängung der „Sanktionen“ uns in eine furchtbar schwierige Lage bringen, diese Lage nicht noch durch Halsstarrigkeit auf dem Gebiet der Entwaffnungsfrage zu einer völlig katastrophalen machen.

Wir hoffen noch immer, daß in der letzten Minute die politische Einsicht und die Rücksicht auf das Vaterland die bayerischen Koalitionsparteien und ihre Regierung veranlassen werden, in die Bahnen maßvoller Überlegung einzulernen und die Pflichten zu erfüllen, die nach der Reichsverfassung und nach den Verträgen mit der Entente auch für Bayern maßgebend sind.

Der Reichstag und die Londoner Konferenz

Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Im Reichstag gab am Samstag der Reichsminister des Außern Dr. Simons folgende Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London ab:

Die Erklärungen, die ich heute namens der Reichsregierung vor Ihnen abzugeben habe, werden sich als ein Bericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London darstellen und als eine Mitteilung über die Absichten, die die deutsche Regierung angesichts des Ergebnisses der Londoner Konferenz hegt.

Die Londoner Konferenz ist eine Fortsetzung von Spa und ein Ersatz für Genf. Sie wissen, daß uns in Spa eine solche Konferenz versprochen worden war, wo zum ersten Mal an die Stelle des unfruchtbaren Notemockels eine Verhandlung von Mann zu Mann stattfinden sollte, um die wirtschaftlichen Räte unserer Zeit und die Frage der Reparation klarzustellen. Wir hatten einen Anspruch darauf, daß die Verhandlungen über die Reparationsfrage in einem neutralen Lande vorgenommen werden. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns; denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die Reparationsfrage unter mehr internationalen Gesichtspunkten in Angriff genommen würde. Aber wenn uns nunmehr statt einer Einladung nach Genf eine Einladung nach London zuzing, so konnte die deutsche Regierung nach ihrer Überzeugung sich einer solchen Einladung nicht entziehen. Zu groß war für uns das Interesse daran, endlich Klarheit zu schaffen über den Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage. Wir konnten nicht formeller Vorteile halber den großen

geftlichen Vorteil aus der Hand geben, der in der endlichen Einleitung zu mündlicher Verhandlung über die Reparationsfrage lag.

Die Konferenz von London begegnete schon vor ihrem Zusammenritt außerordentlichen Hindernissen, die hauptsächlich durch die vorhergegangene Konferenz in Paris entstanden sind. In dem Moment, wo die Alliierten sich allein auf die eigene Einsicht stützten, ihre Forderungen und Bitten der Welt und uns verkündeten, hatten sie sich so festgelegt, daß sie schlecht wieder davon abkommen konnten. Und naturgemäß mußte sich als Gegenwirkung im deutschen Volk eine feste Meinung bilden über die Annehmbarkeit oder Unannehmbarkeit dieser Forderungen, die auch ihrerseits wieder einer Festlegung gleichsam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann Aussicht auf eine Verständigung besteht, wenn die beiden Hauptfaktoren, aus denen die Reparationspflicht Deutschlands abgeleitet werden muß, in beiderseitigem Studium geprüft und miteinander in Einklang gebracht werden. Diese beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrag einerseits der Schaden, der durch den Krieg angerichtet ist, in dem Umfang, wie wir ihn im Friedensvertrag von Versailles zu reparieren übernommen haben, andererseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht durch Forderungen auf Scaenderjah zerstört werden darf. Gerade deswegen, weil die leidenschaftliche und sorgfältige Prüfung dieser beiden Faktoren unbedingt erforderlich ist, hatte ich im Frühjahr des vergangenen Jahres angeregt, eine solche Verständigung durch immer weitere Zusammenkünfte von Sachverständigen beider Seiten in die Wege zu leiten. Es ist schade, daß die Wege, die man hier beschritten hat, und die zu der Konferenz in Brüssel geführt haben, nicht weiter begangen worden sind. Darauf hauptsächlich ist es zurückzuführen, wenn wir jetzt mit Bedauern feststellen müssen, daß die Londoner Konferenz dies Ergebnis gehabt hat. Zweimal haben in Brüssel Sachverständige versucht, dem großen Problem der Reparation näherzukommen, einmal die Sachverständigen und Wirtschaftsexperten, die der Völkerbund zusammengerufen hatte. Ihre Arbeit wurde dadurch erschwert, daß Frankreich sich jeder Sineinziehung der Reparationsfrage in die Verhandlungen widersetzte. Das zweite Mal kamen die Sachverständigen der Alliierten und Deutschlands zusammen und haben eine ganze Anzahl von Aufstellungen geschaffen, die aber nicht zu Ende kommen konnten, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe die sämtlichen Probleme gehört waren und die Einzelverhandlungen der Wirtschaftsexperten stattgefunden hatten, zu einem zusammenfassenden Bericht an ihre Regierungen gekommen sind, der unseren Sachverständigen nicht zur Gegenprüfung hat vorgelegt werden können. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt. (Hört! Hört!) Wir kennen nur Ausgänge aus der gegnerischen Presse. Wie wir bei einer derartigen Behandlung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme hoffen dürfen, zu einer befriedigenden und angemessenen Lösung zu kommen, darüber will ich mich jetzt nicht äußern. (Sehr gut!)

Unter diesen ungünstigen Auspizien wurden die Vorbereitungen für London getroffen. Diese Vorbereitungen bestanden zunächst in einer sehr eingehenden Prüfung der Pariser Beschlüsse durch die hingebende, aufopferungsvolle Tätigkeit einer großen Zahl von Sachverständigen aus allen Teilen Deutschlands. Ich halte mich für verpflichtet, diesen Männern, die ihre Kritik an den Pariser Beschlüssen in einem geradezu vorzüglichen, gemeinverständlichen Gutachten niedergelegt haben, den ausdrücklichen und herzlichsten Dank der Reichsregierung auszubringen. (Lebhafte Beifall.) Aus der Tätigkeit dieser Sachverständigen hat sich noch eine zweite Denkschrift ergeben, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist und die sich mit der finanziellen und steuerlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands befaßt.

Es war ein fühnes Unternehmen, mit Gegenanschlägen an die Alliierten heranzutreten. Nicht umsonst hatten wir solange gezögert, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, die uns der Friedensvertrag gibt. Der Friedensvertrag bestimmt, daß es uns innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Frist freisteht, mit Gegenanschlägen über die Erledigung des Reparationsproblems an die Alliierten heranzutreten. Die Frist ist längst abgelaufen, aber teils ausdrücklich, teils stillschweigend immer wieder verlängert worden, namentlich als man das Reparationsproblem auf die Tagesordnung von Spa setzte und dann auf unbestimmte Zeit für Genf und später für London wieder vertagte. Der deutschen Regierung ist von vielen Seiten im Ausland und im Inlande ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie von dieser Möglichkeit bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Ich muß demgegenüber darauf hinweisen, daß es uns fast unmöglich war, bestimmte Vorschläge zu machen, solange der Umfang der deutschen Wirtschaftskraft noch ganz ungewiß war. Ich will gar nicht auf die eigentümlichen Verhältnisse des Saargebietes und Rheinlandes hinweisen, ich will nur auf den Punkt hinweisen, der uns jetzt allen am Herzen liegt, auf die Unsicherheit über die oberste Grenze. Oberstufen ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage, und die deutschen Wirtschaftskräfte hängen für die Zukunft davon ab, ob die oberste Grenze Industrie und die oberste Grenze Produktion deutsch bleibt oder nicht (Lebhafte Beifall). Man hat darauf hingewiesen, daß in früherer Zeit in Deutschland auch andere Stimmen ertönt sind. Damals aber lag die deutsche Wirtschaft ganz anders als heute. Wir hatten die elsass-lothringischen Erze und Saarlohen. Dazu kam, daß die deutsche Währung in einen Sturz hineingerissen wurde, der zum Anlaß wurde, daß von Monat zu Monat sich die Unterlagen der deutschen Wirtschaft veränderten. Auch das hat die Ausarbeitung von einseitigen deutschen Vorschlägen sehr erschwert. Ein anderer hemmender Umstand war der, daß für die nächsten Jahre der deutsche Handel durch den Versailler Friedensvertrag nach den verschiedensten Richtungen gefesselt war. Solange nicht das deutsche Gewerbe und der deutsche Handel von diesen Fesseln befreit waren, solange wir nicht wußten, daß wir mit gleichem Recht unter die anderen Nationen treten konnten, mußten unsere Zusagen auf wirtschaftlichem Gebiet auf Sand gebaut sein. Wenn wir uns trotzdem entschlossen haben, jetzt schon mit Gegenanschlägen hervorzutreten, mußten wir berücksichtigen, daß die Gegner darauf versessen waren, in möglichst baldiger Frist eine Klärung der Reparationsfrage herbeizuführen. Wir hatten die Androhung der Zwangsmassnahmen gelesen. Unter diesen Umständen war es unsere Pflicht gegenüber dem deutschen Volke und namentlich gegenüber demjenigen Teile, der durch die Zwangsmassnahmen in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen wird, daß wir versuchen mußten, mit Gegenanschlägen zu kommen.

Aber die Frage, nach welcher Richtung unsere Gegenanschläge sich bewegen würden, ist auch im Kreise der Sachverständigen verschiedentlich gesprochen worden. Aber für keinen dieser Gegenanschläge war eine feste Mehrheit zu finden. Man ist sogar berechtigt zu sagen, daß es sehr zweifelhaft ist, ob überhaupt irgendein Gegenanschlag allgemeine Billigung gefunden hätte. Dagegen war es allerdings Überzeugung der großen Mehrheit der Sachverständigen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit ganz außerordentlich viel geringer einzuschätzen, als es die Gegner taten. Nach dieser Richtung darf ich erklären, daß keiner der bezeichneten Sachverständigen verantwortlich ist

für die Höhe der Vorschläge, die wir nachher gemacht haben. (Hört! Hört!) Diese Gegenanschläge sind aus politischen Gründen gemacht worden, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und sehr erfahrener Männer im Amt und außerhalb des Amtes und nach sorgfältiger Prüfung, aber nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Sachverständigen, sondern auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung und zwar in letzter Linie der Verantwortlichkeit meiner Person, denn ich bin es gewesen, der auf Grund der letzten Beratungen die Vorschläge an das Kabinett gebracht hat, die nachher die Billigung des Kabinetts gefunden haben. (Hört! Hört!) bei den Deutschen, lebhafter Beifall bei den Regierungen. — Ich werde Ihnen

die Gegenanschläge nunmehr so darzustellen haben, wie wir sie unter Billigung des Kabinetts nach London mitgebracht haben. Wir waren uns darüber klar, daß dabei ein doppelter Faktor mitspielen mußte: Der Bedarf unserer Gegner und die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Deshalb sind wir unter Ablehnung der Pariser Beschlüsse doch von der Summe ausgegangen, die von der Entente gefordert war. Wir haben den Gesamtwert der festen Annuitäten angenommen und ihn auf die Gegenwart zurückgerechnet. Diese Operation war unbedingt erforderlich, weil wir die Ansicht haben mußten, die wirtschaftlichen Leistungen, die Deutschland in ganz erstaunlicher Höhe seit dem Waffenstillstandsvertrag bereits an die Alliierten abgeführt hatte und die auf die Reparationspflicht angerechnet werden mußten, von dem Pariser Forderungen in Abzug zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann aber nicht einen bereits geleisteten Betrag in Anrechnung bringen von einer Summe, die man innerhalb von 42 Jahren zahlen soll. Wir haben den Betrag deshalb zurückdiskontiert und kamen bei dieser Rechnung auf eine Summe, die mit den Angaben auch der gegnerischen Presse ziemlich übereinstimmte. Wir konnten dabei die Annuitäten nach dem Jahreszins berechnen oder nach den halbjährlichen Raten, wie sie die Pariser Beschlüsse vorsehen. Wir haben den letzteren Weg gewählt. Außerdem hatten die Pariser Beschlüsse vorgesehen, wenn wir den ganzen Wert der Annuitäten sofort innerhalb der ersten zwei Jahre bezahlen würden, eine Rückdiskontierung zu 8 Prozent vorzunehmen. Wenn wir also den Gegenwartswert berechneten, waren wir berechtigt, diese 8 Prozent in Anschlag zu bringen. So kamen wir zu dem Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark, abzüglich der Vorleistungen in Höhe von 20 Milliarden Goldmark. Uns war sehr wohl bekannt, daß die Gegenseite unsere Vorleistungen geringer berechnete. Wir hatten unmittelbar vor der Abreise nach London die Mitteilung bekommen, daß die Reparationskommission kaum die Hälfte des von uns angegebenen Wertes herausbekommen hätte. Das erklärt sich durch den Umstand, daß die Reparationskommission eine ganz andere Methode der Berechnung annahm. Wir mußten alles das zusammenfassen, was tatsächlich in Geldwerten aller Art geleistet worden ist, und nach dem Friedensvertrag aus das Reparationskonto angerechnet werden muß. Die Reparationskommission prüft sich aber auf einen Kritik der Pariser Verträge, wonach eine ganze Anzahl von Vorleistungen für diese Anrechnung nicht in Betracht kommt. Auf der anderen Seite stand als Faktor

die Begrenzung der deutschen Wirtschaftskraft. Von vornherein ist vor uns kein Zweifel gelassen worden, daß die Summe von 50 Milliarden minus 20 Milliarden, also 30 Milliarden Goldmark, das Äußerste ist, was die deutsche Wirtschaft aufbringen kann. Es war auch klar, daß dieser Betrag nicht auf einmal den Alliierten zur Verfügung gestellt werden konnte. Wir mußten ein Mittel finden, soviel wie möglich von dieser Summe sofort herbeizuschaffen und den Rest zu verzinsen und zu amortisieren. Dabei durften wir nicht mehr mit 8 Prozent rechnen, sondern mußten uns auf 5 Prozent beschränken. Ein höherer Zinssatz hätte jede denkbare Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überschritten und wäre mit gutem Gewissen nicht anzubieten gewesen.

Wie schafft man nun die große Summe? Auf der einen Seite hatten die Gegner selbst zugegeben, daß die deutsche Wirtschaft in den ersten Jahren einer Schonzeit bedarf. Das zeigte sich schon darin, daß sie selbst für die ersten fünf Jahre nur eine jährliche Zahlung von einer Milliarde Goldmark vorgesehen hatten. Ein Ausweg lag in der vorgeschlagenen internationalen Anleihe. Von der Gegenseite und auch in Deutschland hatte man diesen Ausweg als Utopie bezeichnet und auf die großen Geldschwierigkeiten hingewiesen, in denen sich fast alle Länder, auch die wirtschaftlich wohlhabendsten, befinden. Aber diese Anschauung verkennt die Gründe der Geldknappheit, die nicht bloß in der Unterbrechung der normalen Beziehungen des Weltverkehrs und in dem Mangel der Wirtschaft durch den Krieg liegen, sondern in ganz außerordentlichem Maße auf die Flucht des Kapitals und die ungeborenen Steuerlasten aller Länder zurückzuführen sind. Wir hatten deshalb den Ausweg gewählt, eine Anleihe vorzuschlagen, die steuerfrei in allen Ländern ausgelegt werden konnte. In einer Zeit, wo sich Kapital in den reichsten Ländern in Form von Scheckgütern hält, wo beispielsweise für einen Schilling ein Kapital von Millionen geboten werden, muß sich auch Kapital für eine so ungewohnte Aufgabe finden, wie es der Wiederaufbau der zerstörten Provinzen ist, wenn man dem Kapital die Sicherheit gibt, daß es durch diese Verwendung dem Steuerfiskus entzogen bleibt. Man mag darüber freuten, ob dies ein sehr edles Motiv ist und ob der Staat nicht in anderer Beziehung benachteiligt wird. Ich bin überzeugt und kann mich dabei auf das Urteil vertrauenswürdigster Finanzmänner berufen, daß bei richtiger Durchführung dieser Idee eine Anleihe von acht Milliarden Erfolg haben wird. Allerdings gehört dazu die weitere Voraussetzung, daß die Anleihe für die Zwecke der Reparation das von uns geforderte Vorrecht bekommt. Neben der Anleihe von acht Milliarden haben wir eine Jahresrate von einer Milliarde Goldmark für die ersten fünf Jahre vorgeschlagen. Mehr glaubten wir nicht anbieten zu können. Damit waren aber die Zinsen des Restbetrages noch nicht gedeckt; denn sie betragen mehr als eine Milliarde Goldmark. Der Überschuß hätte uns zinslos gestundet werden müssen, da er später durch eine neue Finanzierung gedeckt worden wäre. Unsere Vorschläge gingen davon aus, daß die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, auf normale Wege eine wesentlich höhere Summe herausarbeiten als 1 bis 1½ Milliarden Goldmark jährlich.

Nun hatten wir von der Reichsregierung eine weitere Vollmacht erhalten. In Paris war neben den festen Annuitäten noch die variable Leistung der 12prozentigen Abgabe auf unsere gesamte Ausfuhr gefordert worden. Diese Form des variablen Faktors mußten wir ablehnen, weil ihn die deutsche Wirtschaft in seinen Folgen nicht hätte tragen können. Wohl aber waren wir uns bewußt, daß die Gegner immer wieder verlangen würden, an der Besserung der deutschen Wirtschaft in irgend einer Form zu partizipieren. Wir hatten uns mit diesem Grundsatze in kommissarischen Verhandlungen zwischen uns und den Alliierten Sachverständigen einverstanden erklärt. Als wir in London zur letzten formalen Ausarbeitung unseres Angebots kamen, haben wir uns nach sorgfältiger Prüfung und langer Beratung einstimmig dazu entschlossen,

von dem Angebot eines solchen Verzinsungsscheins zunächst abzusehen,

und zwar, weil wir den Gegnern damit nicht das gegeben hätten, was sie erwarteten, nämlich einen festen Gegenanschlag an Stelle des variablen Faktors und weil wir unsererseits nicht die Überzeugung aussprechen konnten, künftig mehr leisten zu können, als wir schon angeboten hatten. Unsere Bestrebungen, die Amortisation zu beschleunigen und, nachdem sie in den ersten fünf Jahren noch nicht einsehen konnte, sie in den nächsten fünf Jahren zu vollenden, ergab an sich schon eine solche Steigerung für die Jahre nach dem 1. Mai 1926, daß wir unsere Erachtens sicherlich die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht hätten. Wenn wir darüber hinaus etwas hätten anbieten wollen, so konnten uns die Gegner angesichts der Gutachten unserer Sachverständigen erklären: dieses Angebot macht ihr nicht mit gutem Gewissen. Wenn aber die Gegenseite in übertriebenem Optimismus auf einer größeren Teilnahme an unserer wirtschaftlichen Besserung bestehen sollte, konnten wir unsere theoretische Bereitwilligkeit dazu erklären. Die Gegenseite mußte, daß in London hergestellt wurde, daß wir an sich berechtigt waren, auf den Gedanken des Verzinsungsscheins einzugehen. Wenn wir damit zurückgehalten haben, so deshalb, um ihn nicht in das große Verdammungsurteil, das von der Gegenseite ausgesprochen wurde, hineinbeziehen zu lassen. Die Delegation hatte nicht im Sinne, in entscheidenden Punkten von den Richtlinien, die sie nach London mitgebracht hatte, abzuweichen, ohne die Billigung der Reichsregierung einzuholen. Ich habe gestern im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten darüber Mitteilung gemacht, wie wir unsere Vorschläge vorgelegt haben. Die näheren Einzelheiten darüber sind in dem von der Regierung ausgearbeiteten Bericht niedergelegt. Leider ist darin das Versehen passiert, daß ein Teil der Rede von Lloyd George zwischen die Zeilen meiner Rede hineingeraten ist (Heiterkeit). Die Londoner Verhandlungen sind für vertraulich erklärt worden; wir haben uns an diese Abmachungen gehalten und werden daran festhalten, obwohl sich die Gegenseite nicht daran gehalten hat (Hört! Hört!). Nachdem wir unser Angebot gemacht hatten, hat sich die öffentliche Kritik der Sache bemächtigt, was der Verständigung nicht förderlich gewesen ist. Die Antwort kam am Donnerstag und ist bekannt. Lloyd George hat zunächst die Schulfrage aufgerollt, dann die Bewaffnungsfrage besprochen und nachzuweisen versucht, daß Deutschland zu wenig Steuern bezahle (Heiterkeit) und durch den Krieg fast gar nicht gelitten habe (Hört! Hört!); schließlich hat er dann das bereits angekündigte Minimum gestellt. Bei dieser heftigen Behandlung der Angelegenheit mußte selbstverständlich jeder Versuch gemacht werden, zu Verhandlungen mit dem Gegner zu kommen. Ich habe von Vermittlungen, die sich boten, Gebrauch gemacht und erzielt, daß am Samstag und Sonntag zwischen Mitgliedern beider Delegationen eingehende Verhandlungen über neue Vorschläge geführt worden sind. Zunächst wurde versucht, die Verkürzung der Pariser Zahlungsfrist von 42 Jahren auf die im Friedensvertrag vorgesehene Frist von 30 Jahren zustande zu bringen. An sich waren die Gegner dazu geneigt, aber unter Bedingungen, die für uns nicht tragbar waren, denn wir hätten dreißig Jahre hindurch jährlich 3 Milliarden zahlen müssen und der variable Faktor wäre darüber hinaus so erhöht worden, daß die Summe von 26 Milliarden doch wieder erreicht worden wäre. Eine solche Vereinbarung konnte für uns nicht in Frage kommen. Dazu kam, daß alle für uns gebotenen Voraussetzungen, wie die Frage der Zinssätze und die Freiheit des Handels von der Gegenseite abgelehnt wurden. Ich hatte mir besondere Mühe gegeben, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in den Vordergrund zu bringen, der ja eine der dringendsten Aufgaben ist (Sehr richtig!). Ich hatte nicht nur in Spa diesen Gedanken vertreten, sondern auch während meiner nichtamtlichen Tätigkeit und jetzt in London wieder darüber verhandelt. Dabei stand aber im Wege, daß unsere ersten Vorschläge von der Gegenseite mißverstanden wurden. Die Franzosen meinten, wir wollten den Wiederaufbau nur ausführen, damit in den zerstörten Gebieten große deutsche Arbeiterkolonien mit Weib und Kindern errichtet würden. Davor hatten sie große Scheu und dazu kam die Sorge des französischen Unternehmers, das sich die Gewinne nicht entgehen lassen möchte, vor der deutschen Konkurrenz. Wir haben uns angelegen sein lassen, Klänge zu entwerfen, die es der deutschen Arbeiterkraft ermöglichen sollen, diese Fragen zu allseitiger Verdrängung zu lösen, und diese Klänge sind in vertraulicher Besprechung vorgeführt. Es bestand viel Interesse dafür, aber ein Delegierter Frankreichs erklärte dies für Theorie, was sie aber nicht sind und was sich noch zeigen wird.

Die Frage des Wiederaufbaus

muß in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt werden, und es kommt darauf an, daß jenseits der Grenzen dafür das nötige Verständnis gewendet wird.

Ein Hindernis für die Verständigung war auch die Frage, wieviel auf die deutschen Gegenleistungen abzurechnen ist. Auch die Woss, die wir auf Grund des Vertrages gegeben haben, sind einstweilen keine feste Zahlung, sondern nur Zusichten auf die Zukunft. Alles wäre anders, wenn wir uns über eine Anleihe hätte verständigen können. So kamen wir auf das Provisorium zurück. Es war ein Gedanke unserer Sachverständigen, aber schon vorher von der französischen Regierung aufgeworfen worden. Wenn Lloyd George sagt: kein Staatsmann in den alliierten Ländern, oder wie es jetzt heißt, keine Konferenz, hätte ein solches Provisorium für möglich gehalten, so widerspricht das der früheren Haltung der französischen und englischen Regierung (Hört, Hört!). Das Provisorium ist die Möglichkeit zu einem Kompromiß. Wir haben es abgelehnt, weil es unsere eigenen Gegenanschläge, teils auf die Brüsseler Vorschläge, die Deutschland fünf Jahre lang drei Milliarden auferlegen wollten. Auch das war für uns nur möglich auf dem Wege der Anleihe, die aber die Gegner ablehnten. Schließlich haben wir als letzten Versuch die Pariser Forderung für die ersten fünf Jahre angenommen, die an Stelle der 16 Milliarden 13 Milliarden vorfiel, dazu aber die 12prozentige Exportabgabe, für die wir einen Ausgleich anboten. Dadurch kamen wir natürlich in eine unsichere Situation. Die zweite Gefahr war die Anleihe, die für uns eine conditio sine qua non war. Die Gegner waren nicht gewillt, das Risiko der Anleihe zu übernehmen, und es fragte sich, ob wir dieses Risiko auf uns nehmen konnten. Nach langen reiflichen Erwägungen haben wir uns dann zu unserem Gegenangebot entschlossen. Inzwischen war uns von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß neue Gegenanschläge vorbereitet würden und wir zu diesem Zwecke eine Vertagung beantragten und das Risiko der Anleihe nicht übernehmen sollten. Ich habe nach reiflicher Erwägung die Verantwortung übernommen, in diesem Punkte die Vollmacht der Regierung zu überschreiten. Die Regierung hat mir nachträglich ihre Zustimmung dazu gegeben. Ich bin ermächtigt zu erklären, daß die Regierung das Verhalten der Delegation in London billigt. Wie hat sich die Gegenseite zu unserem Vorschlag gestellt? Er ist verspottet worden (Hört, Hört!). Man hat sich darüber aufgehalten, daß wir keine Verpflichtung für die übrigen 25 Jahre übernommen hätten. Wenn man in London mit den Herren persönlich verkehrte, wurde einem klar, daß ihre Forderungen nicht sowohl ein Ergebnis ihrer Sieges- oder Machtstellung waren, als der eigenen Sorge

Man hielt uns vor, daß wir durch die Verknüpfung der An-
sicht mit dem Provisorium unsere Zukunft festge-
legt hätten. Man hat uns weiter gesagt, daß wir
einmal unsern Vorschlag von dem Schicksal
über Oberbaleken abhängig machen. Woran liegt es aber,
daß wir nur einen Vorschlag für fünf Wochen machen
sollten? Doch nur an denen, die nicht eine Woche länger warten
und das Ergebnis der Abstimmung nicht abwarten konnten.
(Sehr richtig!) Mit dem Abbruch der Verhandlungen sind
dann

die Zwangsmaßnahmen in Kraft getreten,

gegen die ich sofort Protest erhoben habe. Für diese Zwangs-
maßnahmen besteht nicht eine Spur von Recht. (Lebhafte Zu-
stimmung.) Das wird noch im ausführlichen Gutachten unserer
Rechtsabteilung nachgewiesen werden, und ihren wesentlichen
Inhalt habe ich bereits in London vorgetragen. Sanktionen,
die sich auf eine Besetzung neuen deutschen Gebiets beziehen,
gibt es überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Es gibt nur wirt-
schaftliche Sanktionen und es gibt unter gewissen Umständen
eine Verlängerung der Fristen für die Besetzung, wenn wir
unsere Pflicht nicht erfüllen und von neuem angreifen. Keine
dieser Zwangsmaßnahmen Protest erhoben und ich wiederhole
diesen Protest hier vor ganz Deutschland und der ganzen Welt
und stelle fest, daß von den gegnerischen Juristen, die der Kon-
ferenz angehört haben, auch nicht einer eine Enttätigung unse-
res Protestes versucht hat. (Hört! hört!) Man könnte daran
denken, die Beziehungen zu denen, die uns solches angetan
haben, abzubrechen, aber so ist die Lage nicht. Noch berufen sich
unsere Gegner auf den Friedensvertrag von Versailles, noch
berufen sie sich darauf, — ob mit Recht, das ist eine andere
Frage —, daß sie auf der Grundlage des Rechts gegen uns
vorgehen. So ist unsere Lage in der Welt nicht, daß wir glauben
könnten, durch einen Abbruch der Beziehungen irgendwie
unsere Lage verbessern zu können. Wer sich in der Welt um-
sieht — (Sehr richtig!), der sieht, wie allgemein noch in
der Welt die Überzeugung verbreitet ist, daß sich Deutschland
im Unrecht befindet und nicht willens ist, das von ihm
begangene Unrecht wieder gutzumachen. Man glaubt auch, die
Vorschläge, die Deutschland gemacht habe, seien ungenügend.
Wenn wir zu scharfen Maßnahmen übergehen würden, so
würde man darin nur eine Bestätigung dieser über uns ver-
breiteten Überzeugung finden, und wir würden verlieren, was
wir so nötig haben, die Sympathien der Welt. (Zustimmung.)
Man könnte sagen: wenn die Gegner den Friedensvertrag zer-
rissen haben, ist er für uns nicht mehr gültig. (Zustimmung
rechts.) Nein, meine Damen und Herren, das wäre ein falsches
Vorgehen. Es wäre nicht richtig von uns, auch unsererseits
uns von dem Vertrag zu trennen, wenn ihn die Gegner nicht
erfüllen. Man soll nicht Böses mit Bösem vergelten. (Ge-
heißt und Widerspruch.) In einem solchen Falle muß man ver-
suchen, den Gegner auf seine Pflichten zurückzuführen. Unser
Programm muß sein: Erfüllung des Versailler Friedensver-
trages in den Grenzen des Möglichen, aber nicht mehr. (Leb-
hafter Beifall.) Können wir auf Grund der gegenwärtigen
Situation in weitere Verhandlungen mit unseren Gegnern
eintreten? Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe, ich wäre
überzeugt, daß ich bald wieder nach London zurückkehren
könnte. Was ich gesagt habe, steht in der letzten Rede, die ich
in London hielt. Darin habe ich herangezogen, in welchen
Punkten wir bereits zur Möglichkeit einer Verständigung mit
Lloyd George gekommen wären. Ich habe davon gesprochen,
daß auf Grund dieser Möglichkeiten neue Verhandlungen sich
anschließen ließen, daß aber, wenn solche Verhandlungen künst-
lich stattfinden sollten, die Atmosphäre durch die inzwischen im
Kraft getretenen Sanktionen beeinflusst worden sei. Das ist
die Haltung, die ich einnehmen mußte, wenn ich nicht der deut-
schen Regierung und dem deutschen Volk den Weg einer spä-
teren Verständigung verbaue wollte. Ich habe jedenfalls nicht
erklärt, daß deutsche Volk und die deutsche Regierung seien be-
reit, jetzt unmittelbar in Verhandlungen einzutreten. Nach der
Überzeugung der Reichsregierung müssen wir freilich alles tun,
um neue Mittel und Wege zu finden, die Gegenüberstände auf
einer anderen Basis zu ermöglichen. Das sind Beratungen
und Erwägungen, die wir im Kabinett nach wie vor anstellen.
Aber in dem Moment, wo man uns eine solche Ohrfeige gibt,
gleich wieder die Hand hinaufstrecken und zu sagen, wir wollen

wieder Freunde sein — das ist zu viel verlangt. (Lebhafte Zu-
stimmung.) Ich möchte darauf hinweisen, daß

die Basis für neue Verhandlungen

durch die Sanktionen ganz außerordentlich verändert worden
ist. Vor allem ist sie psychologisch verändert worden, denn
wir sind nach London gekommen mit dem guten Willen, uns
zugunsten einer Verständigung große Opfer aufzuwerfen.
Aber als Folge dessen, was man uns jetzt mit den Sanktionen
antut, wird man nicht mehr die gleiche Stimmung bei uns
finden. (Beifall.) Man darf auch die Wirkungen der Sank-
tionen nicht unterschätzen. (Sehr richtig!) Nicht nur das
Rheinland, sondern ganz Deutschland wird merken, wie schwer
es unter den Folgen der Sanktionen zu leiden hat. Es werden
in großem Maße Industriezweige auseinandergerissen und
darüber hinaus wird der Warenverkehr auf das allerschwerste
betroffen. Das dies für unsere Wirtschaft von den verhängnis-
vollsten Folgen begleitet sein wird, ist klar. Dazu kommt
die eigentümliche Idee von Lloyd George, über die wir an sich
wohl hätten verhandeln können, um damit die Sanktionen zu
vermeiden, die uns aber nun gerade als Sanktion aufgelegt
werden soll. Es glaubt nämlich damit große Schätze zu sam-
meln, daß er vom Preise der deutschen Ausfuhrwaren einen
erheblichen Teil beschlagnahmt. Dieses Vorgehen der Alliierten
ist einer der schwersten und verhängnisvollsten Fehler,
den man im Interesse des Wiederaufbaues der europäischen
Wirtschaft überhaupt begehen konnte. (Beifall.) Es ist auch
ein Fehler vom Standpunkt der Alliierten aus. Um die
Wirtschaft wieder begehren zu können, müssen wir uns vor
allem von allen Hemmnissen befreien. So aber geschieht das
gerade Gegenteil. Bei den schweren Folgen, die die Sank-
tionen haben werden, werden wir unser Angebot von London
nicht wiederholen können, sondern wir werden nach neuen
Wege suchen, wenn man sie von uns verlangt, und zwar
selbstverständlich auf der Grundlage der für uns so erheblich
verschlechterten Basis. Wir kommt es vor, als wenn die
Alliierten die deutsche Wirtschaft wie eine Uhr behandeln, die
ihnen nicht schnell genug geht. Lloyd George hat in den
Mittelpunkt seiner ganzen Ausführungen die Frage der Ver-
antwortlichkeit

die Frage der Schuld am Kriege

gestellt. Wenn man uns unerfüllbare Forderungen aufbürdet
auf Grund der Voraussetzungen, auf denen der ganze Friede-
nsvertrag beruht, so zwingt uns das dazu, nachzuweisen,
daß diese Voraussetzungen falsch sind. (Lebhafte Zustimmung.)
Wir haben zwar unterschrieben, daß Deutschland die einzige
Schuld am Kriege habe, aber deshalb ist dem nicht so. Und
es ist kein Mann und keine Frau in diesem Saale, die glaubt,
daß Deutschland die einzige Ursache am Kriege gewesen
sei. (Beifall und Zustimmung.) Ich bin weit davon entfernt
zu behaupten, wir wären schuldlos. Aber daß es unrichtig
ist, zu sagen, Deutschland sei allein schuld, das muß die Welt
doch allmählich lernen, und es ist unsere Pflicht, alles zu tun,
damit diese Frage gelöst wird. Leidenschaftlos, mit aller
Liebe zur Wahrheit muß jeder seinen Teil dazu beitragen,
der Wahrheit den Weg zu bahnen. Und wenn Lloyd George
an mich die Pilatusfrage gerichtet hat: Wann beginnt denn
die Geschichte, so antworte ich, die Geschichte ist immer an
der Arbeit und ich habe das Vertrauen, daß sie die Wahrheit
zum Ziel führen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Führer der deutschen Delegation erwarte ich nicht von
ihnen, daß Sie jeder Schritt der Delegation in London bil-
ligen werden, im Gegenteil, darüber kann jeder seine eigene
Meinung haben. Aber auch im Namen der Reichsregierung,
die in dieser Frage auf meiner Seite steht, brauche ich die
Erklärung dieses Hauses, daß es den endgültigen Entschluß
der deutschen Delegation, nämlich nach Ablehnung unserer
Vorschläge durch die Alliierten, die unerfüllbaren Forderungen
der Alliierten abzulehnen, billigt und ihm zustimmt!
Sonst würde es allerdings richtig sein, wenn Sie sich jemand
anderen suchen würden, der künftig die Verhandlungen mit
der Gegenseite führt. In solchen Verhandlungen wird es ein-
mal kommen müssen und dann brauchen Sie eine Regierung,
die Ihr volles Vertrauen besitzt. (Lebhafte Zustimmung, auch auf
den Tribünen.)

Die Erklärungen der Parteien.

Zur Ansicht an die Rede des Reichsaussenministers führte
Abg. Trimborn folgendes aus:
Im Namen der Fraktionen des Zentrums, der Deutschen
Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der

Bayerischen Volkspartei sowie des Bayerischen Bauernbundes
und der Deutsch-Österreichler habe ich folgende Erklärung
abgegeben:

Die von unseren Gegnern in Paris aufgestellten Forderungen
sind für uns unerfüllbar. Das deutsche Volk ist entschlos-
sen, vertragsmäßig übernommene Forderungen innerhalb des
Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Weder die
heutige, noch irgend eine andere deutsche Regierung kann aber
Verpflichtungen übernehmen, die diese übersteigen (Lebh.
Zustimmung.) Die deutsche Regierung hat sich schon seit Herbst
1919 wiederholt bereit erklärt, durch praktische Mitwirkung sich
an dem Wiederaufbau der zerstörten Provinzen Nordfrank-
reichs zu beteiligen. Diese Anerbietungen Deutschlands sind
aber bis heute unbeachtet geblieben. Die Forderung maßloser
Entschädigungsmaßnahmen hindert die Durchführung eines
endgültigen Friedenszustandes. Man kann nicht gleichzeitig
die deutsche Leistungsfähigkeit erschöpfen und von uns erhöhte
Verpflichtungen herauspressen. Wir billigen deshalb durchaus,
daß die deutsche Delegation unter Führung des Außenmini-
sters Dr. Simons die Pariser Beschlüsse abgelehnt und den Ab-
bruch der Verhandlungen hingeworfen hat. Die Gegner ha-
ben die Ablehnung des Diktats mit Strafmaßnahmen beant-
wortet, die eine Verletzung des Friedensvertrages, des Völker-
rechts und der Völkerbundsakte darstellen. Vor der ganzen
Welt erheben wir feierlichen Einspruch gegen einen derartigen
Rechtsbruch. (Lebh. Beifall.) Die neuen Gewalttaten bringen
seelische und materielle Not über die Bewohner des besetzten
Gebietes. Wir danken der Bevölkerung für die Beweise der
Liebe, Treue und Anhänglichkeit, die uns die Sicherheit ge-
ben, daß sie sich in ihrem Gefühl für die deutsche Schicksals-
gemeinschaft durch diese Maßnahmen nicht betreten lassen wird.
Das ganze deutsche Volk wird einsehen für die Not und für
die Verluste, die unseren deutschen Brüdern und Schwestern
durch die neuen Gewalttaten zugefügt werden sollen. Wir sind
überzeugt, daß die Strafmaßnahmen an ihrer Undurchführ-
barkeit scheitern werden. Wir müssen im Interesse des Wiede-
raufbaus und des Friedens wünschen, daß eine endgültige Ent-
scheidung über die deutsche Entschädigung gefunden wird. Den
wiederholten Versuch des englischen Ministerpräsidenten Lloyd
George, das deutsche Volk mit der Verantwortlichkeit für den
Krieg zu belasten, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
Wir wissen, daß weder das deutsche Volk, noch die deutsche Re-
gierung den Krieg planmäßig vorbereitet oder gewollt haben.
Wenn die Regierungen der Gegenseite ein Interesse daran
haben, ein Urteil der Geschichte über die Entstehung des Welt-
krieges zu haben, so müssen sie ihre Archive der Öffentlichkeit
zur Verfügung stellen, wie es Deutschland getan hat. Das
deutsche Volk wird die Kraft und die Geduld aufbringen, auch
die Folgen zu übersehen, die die Gewalttaten und der Rechts-
bruch der Feinde über uns verhängen. Wir werden die Re-
gierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung über-
zeugt sind, daß sie die Rechte des deutschen Volkes wahren
wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Wels (Soz.) führte hierauf aus, er bedauere den un-
politischen Charakter der Ausführungen des Vorredners, der
unser Londoner Angebot als hinfällig bezeichnet habe. Man
sehe, wohin eine Partei kommen könne, wenn sie mit der
deutschen Volkspartei zusammen arbeite. Am Abbruch der
Verhandlungen trifft uns die Schuld nicht. Das deutsche
Volk sei bereit, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist
bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gegangen und will
dies auch weiter tun. Die Summe von 226 Milliarden ent-
spricht ungefähr der Feuerversicherung aller Häuser in
Deutschland, bedeutet also die Vernichtung der gesamten deut-
schen Industrie und jeden Eigentums. Der Bruch war zwei-
felslos beabsichtigt, deshalb war unser Angebot von 50 Mil-
liarden nicht günstig formuliert. Der Wiederaufbau Frank-
reichs, für den sich die bürgerlichen Parteien ausgesprochen
hatten, ist leider als eine reine Finanzfrage behandelt worden.
Sie hätte in den Vordergrund gestellt werden müssen. Aber
es wäre nötig gewesen, einen umfassenden Plan für den
Wiederaufbau vorzulegen. Die Arbeiterpartei hat begeistert
zugestimmt. Die Entente-Kapitalisten hätten keine Ausflüchte
gehabt, so aber besteht kein Vertrauen zu uns, ebenso wie in
der Entwaffnungsfrage. In Frankreich herrscht nur Angst vor
der deutschen Revanche. Wenn dann noch die Rechte mit
ihren Ambitionen sich bemerkbar macht, ist es kein Wunder,
wenn England unter französischem Einfluß gerät. Warum
find unsere Ententebotschafter hierher gerufen worden? Die
Londoner Verhandlungen dürften nicht abgebrochen bleiben,
wenn die Kreise, die Deutschland ins Verderben gestürzt ha-

Landestheater.

An zwei Gastspielabenden war einer jungen Künst-
lerin von d. Reg. D. Heat. in Brünn, Frä. Karla Gerl,
die sich um das Fach der munteren Liebhaberin be-
weist, Gelegenheit geboten, eine Probe ihres schauspielerischen
Könnens abzugeben. Am Samstag spielte sie in Lessings
„Minna von Barnhelm“ die Franziska, am Sonntag in
„Alt-Schwabach“ (Königsstuhl) die Käthe. Frä. Gerl hat
die Herzen des karlsruher Publikums im Sturm erobert.
An beiden Abenden wurde ihr stürmischer Beifall zuteil. Das
Urteil des Publikums war klar und deutlich. Und tatsächlich
bringt Frä. Gerl eine ganze Reihe von Vorzügen mit, die
sich für sie eignen. Mit einem Wort: sie hat Ehe-
erblut, das bis in die Fingerspitzen triebelt, sie hat Tem-
perament, sie hat Jugend, sie hat Gemüt. Aus den Augen
spricht Lebensfreude und blüht jeder Mutwillen, um den Mund
spielt der Schalk, im Körper ruhen Anmut und Natürlichkeit
der Bewegungen. Ihr Spiel weckt Interesse und löst Span-
nung aus. Ihre Gesten scheinen einem gesunden Instinkt
und nicht der Überlegung zu folgen. Im entscheidenden Au-
genblick rufft sie alle geistlichen Kräfte zusammen zu gesteig-
ter Lebensenergie. Ihre Franziska war ein zierliches,
wichtiges, geistvolles Kammermädchen, das seinen weiblichen
Reizen vertraut, von grazioser Kofetterie, durch die Regun-
gen eines mitfühlenden Herzens gemildert, lebendig, schlag-
fertig, immer mit offenem Auge, immer das Herz auf der
Zunge. Ihre Käthe war wieder bei aller Feinheit, gemüth-
lich bei aller Ausgelassenheit, schwebelichtiger bei aller Leben-
digkeit. Sie spielte sie mit einem Anflug von Sentimental-
ität, der ja über dem ganzen Stück liegt, an unser Bühne
jedoch noch Möglichkeit ausgemerzt wird. Im Hinblick auf
diese Vorzüge wäre man gern geneigt, rückhaltlos für eine
Verpflichtung der Künstlerin einzutreten, wenn nicht begrün-
dete Bedenken durch die stimmlichen Mittel geweckt würden.
Die Stimme ist leider klein, spitz, etwas spröde, kurzatmig,
sach und langlos. Ob diese Mängel behoben werden können,
bleibt eine offene Frage. Im modernen Konversationsstück
ist die Verwendungsmöglichkeit ganz außer Zweifel, im klas-
sischen Schauspiel ist die Stimme in der jetzigen Verfassung
undenkbar. Gleichwohl möchte ich mit dieser Einschränkung
eine Verpflichtung zustimmen.

Seine Aufführungen fanden unter einem guten Stern.
In „Minna von Barnhelm“ waren Fürstners Tellheim
und Gemmeke's Just noch besonders zu würdigen. Es
mag dies bei passender Gelegenheit nachgeholt werden.
Gugo Koller.

Konzert = Wochen = Rückblick.

In den Schluß des VI. Sinfonie-Konzertes stellte Corio-
legis Anton Brudners Neunte Sinfonie, ein
Werk, das um seiner Monumentalität, um seiner religiösen
Tiefe und seelischen Kräfte willen, zum Gewaltigsten aller
musikalischen Produktionen gerechnet werden muß. Nach
einer weiten Weg bis zur Popularität von Beethovens „Neun-
ter“, die Gemeingut der deutschen Musikfreunde
geworden. Man darf überhaupt zweifeln, ob Brudner
„Neunte“ jemals so verschiedenartige Publikumsschichten erfas-
sen und erfüllen wird wie Beethoven. Die weit aussehende
Breite der Brudnerschen Architektur verlangt gleich gestimmte
Seelen, verlangt geübtes Eingehen auf die Eigenart sei-
nes Stils. Das innere Erlebnis seiner Musik wird durch
Liebe erdient werden. Es gilt dies besonders von seiner
Neunten, die er aus dem tiefsten Schacht seiner Seele ge-
lungen hat.

Die einleitenden Takte des 1. Satzes stürzen den Hörer
in einen mystischen Abgrund, aus dem wir in heißem Rin-
gen zum Anblick des Allmächtigen emporsteigen. Schauer der
Erstschreck umdämmert uns. In Demut gebeugt, steht der
Mensch vor seinem Schöpfer. Klänge in Welten von über-
irdischer Feierlichkeit aufzustoßen, alle Liebessfähigkeit seines
Herzens in einen Gesang von keuscher Schönheit auszuströ-
men, gemerische Sanktionen gegen einander zu treiben, sind
musikalische Höhepunkte dieses Satzes, die Brudner in die
Rähe Beethovenscher Größe hinaufheben. Was Brudner je-
doch nicht erreicht, ist die letzte gedankliche Konzentration, die
Beethoven, der geniale Künstler mit bewundernswürdiger Gei-
steskraft meistert. Jene einzigartige Synthese aller seelischen
und geistlichen Kräfte zu einer musikalisch straff beschwiegten
Einheit, jenes energische Zusammenrücken der im Kampfe
ringenden Elemente, das Überwinden der inneren Gegen-
sätze sind die letzten Ausläufer Beethovenscher Gestaltung, die
Brudner verlagert bleiben. Bei aller tiefen Bewunderung vor
der Schöpfkraft Brudners muß dies doch ausgesprochen
werden.

Und doch schüttelt er aus überquellendem Herzen einen
Reichtum musikalischer Gebilde über uns aus, welche himm-
lische Befreiung aller guten Geister im Eckerlo! Seine
Freude an Wald und Feld und alles, was da kreucht und
fleucht, ist in zauberhaftem Melos jubelnde Rhythmen, gar-
teste Lyrik, lächelnde Demut und Feierlichkeit aus. Brudner
schwärmt mit freudigem Auge. Alle Lust ist gewidmet.
Und dann das Adagio, in dem die Würde wieder aufge-

nommen wird. Es ist der Abschied vom Leben. Brudner
hat die elegische Hornstelle im Zwischenjahr selbst so genannt.
Ein Wehmutschauer liegt über dieser Musik, bis mit den
letzen Klängen ein verklärtes Licht sieghaft hindurchbricht.

Wenn auch die Kraft zu einem vierten Satz nicht mehr
ausgereicht hat, so ist die Neunte mit ihren drei Sätzen gleich-
wohl ein Werk, das in sich schon den Schlußgedanken trägt
und als Ganzes wie eine Erfüllung wirkt. Seit der Kraus-
führung ist es jedoch Brauch geworden, das Te Deum als
Schlußsatz zu spielen. Es war Brudners eigener Wunsch.
Die innere Einheit mit der Sinfonie ist jedoch nicht vorhan-
den. Die letzten Adagio-Klänge sind aus einer ganz anderen
Seelenverfassung herausgeborn als das viel ältere Te Deum,
in dem noch so viel Lebenswille steht, während der Kreis im
Adagio mit allem Irdischen abgeschlossen hat. Herr Cor-
tolegis ließ fürsorglich eine längere Pause vor dem Te
Deum eintreten, so daß man den Übergang in die andere
geartete Stimmungswelt leichter fand.

Unser begeisterungsfähiges Orchester versenkte
sich mit Liebe und Inbrunst in die Brudnersche Konzertsprache.
Der Instrumentalkörper strahlte Glanz und Wärme aus.
Das Adagio war im Zeitmaß etwas zu breit, das Te Deum
dagegen zu rasch genommen. Das Solistenquartett der Da-
men von Ernst und Pecz-Rugebauer und der
Herren Neugebauer und Wättner war ausgezeichnet
abgestimmt. Mit großer Hingabe wurde der Chor seiner
schwierigen Aufgabe, deren Einstudierung Herr Hofmann
übernommen hatte, gerecht. Auch die eingangs vorgetragene
Hugo Wolf'sche Komposition „Eisenlied“ aus Sha-
kespeares „Sommerhochzeit“ vereinigte das Sopran-
solo Frau von Ernst, einen Frauenchor und das
Orchester zu reizvoller Wirkung. Sehr erfreulich war die
Tatsache, daß das Brudnersche Werk ein fast voll besetztes
Haus gefunden hatte. Hoffentlich bleibt das gesteigerte In-
teresse für die Sinfoniekonzerte bis zur nächsten Saison le-
bendig. Die Neunte wurde mit herzlichem Beifall ausgenom-
men. Hugo Koller.

Die Deutsche Brahms-Gesellschaft wird in der Zeit vom 6.
bis 9. Juni dieses Jahres in Wiesbaden ihr 4. Brahms-Fest
veranstalten. Die musikalische Oberleitung liegt in den Hän-
den von Wilhelm Furtwängler.

den, jetzt auch noch zur Aufhebung gegen die Entente aufzuredern, so ist das eine Gewissensfrage, gegen die die Regierung einschreiten müßte. Alle Macht ist heute auf feindlicher Seite. (Proletenrecht.) Wir müssen uns daran gewöhnen, daß unsere militärische Macht der Vergangenheit angehört. Unsere Bedeutung liegt nur noch auf wirtschaftlichem Gebiete. In London haben allerdings die Elemente gesteckt, die im Reichen der Gewalt alles durchsetzen wollen. Demgegenüber hilft nur eines: Wir müssen auf neue Verhandeln. Die Zollgrenze soll zur Vereinfachung der Abrechnung führen, um diese zum Anschluß an den Westen zu zwingen. Die Arbeiterschaft wird hier die stärkste Stütze des Deutschums sein. Mit Gewalt und Bajonetten läßt sich kein dauernder, friedlicher Zustand schaffen. Was erreicht nun die Entente mit Gewalt? Ihre Ausgaben vermehren sich, der Wiederaufbau verzögert sich, Gelder bekommt sie auch nicht. Es wird also auf neue zu Verhandlungen kommen müssen. Wir wollen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Aber was Lloyd George ausrechnet, ist falsch. Die Kaufkraft des deutschen Volkes ist auf das Minimum gesunken. Der Abbruch ist brutal gewesen. Wir sind zu Jahreszahlungen bereit. Sie sind unserer Industrie entsprechend. Der Währungsbruch hat jetzt Gelegenheit, seine Stimme zu erheben. Wenn wir ihm auch nicht angehören, so werden wir doch seine Hilfe annehmen.

Inzwischen ist folgender Antrag der Koalitionsparteien eingegangen:
"Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung trotz der Gewaltmaßnahmen der Entente bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verharret."
Über den Antrag soll unmittelbar nach Abschluß der Aussprache namentlich abgestimmt werden.
Abg. Graf Westarp (D. R.) protestiert gegen die Verletzung des Völkerrechts und den Bruch des Versailler Vertrages.
Die Unabhängigen haben inzwischen einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag mißbilligt, daß die Reichsregierung durch die ungenügende Durchführung des Friedensvertrages von Versailles, sowie durch mangelhafte Vorbereitung und Führung der Londoner Verhandlungen der Entente Vollmachten für die Geltendmachung unerfüllbarer Forderungen und für die als Sanktionen bezeichneten Gewaltmaßnahmen geliefert und damit zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Der Reichstag spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Regierung jede brauchbare Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Entente ergreifen wird.

Abg. Dr. Breitscheid (L. S.) protestiert dagegen, daß seine Partei von den Verhandlungen bewußt ferngehalten worden sei und verlangt für sie das gleiche Recht wie alle anderen Parteien. Dr. Simons habe in London nicht die nötige Bewegungsfreiheit besessen. Das Provisorium wäre vielleicht ein gangbarer Weg gewesen. Die Frage der deutschen Kriegsschuld dürfe nicht mit den Reparationskosten verknüpft werden. Redner verlangt sofort neue Verhandlungen, aber nicht mit dieser Regierung, zu der kein Vertrauen besteht. Nur eine Arbeiterpartei könne etwas Besseres erreichen.

Inzwischen ist der abgeänderte Antrag der Regierungsparteien usw. eingegangen, der folgenden Wortlaut hat:
"Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Aufwertung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat."

Reichsminister Dr. Simons betont gegenüber dem Abg. Breitscheid, daß die Informationen nicht genügt hätten, und daß er sich nach weiteren Material umsehen mußte. Wenn man warten wollte, bis die deutsche Regierung einen Plan vorlegen könne, der der französischen Regierung genehmigt sei, könne man lange warten. Redner polemisiert dann gegen die Auffassung des Abg. Westarp, als habe er in London die deutschen Interessen preisgegeben. Er habe nur größeren Schaden verhindern wollen, um die Rheinlande und Oberschlesien bei uns zu behalten. Wenn er Lloyd George energischer entgegengetreten wäre, hätte das keinen Zweck gehabt. Aberhaupt müsse er sich über die Form seines Auftretens selbst maßgebend sein. Wenn diese Form die Zustimmung nicht findet, werde er gerne einem anderen Platz machen.

Abg. Levi (Nomm.) polemisiert dann gegen Dr. Simons und die Sozialdemokratie, nicht ohne wieder für Sowjetrußland Propaganda zu machen.
Abg. Schulz-Bromberg (D. R.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem berichtigten Antrage der Koalitionsparteien.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag der Kommunisten, der die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland fordert, und das Mißtrauensvotum der Unabhängigen abgelehnt. Der berichtigte Koalitionsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 49 Stimmen angenommen.
Die Annahme wird mit Beifall begrüßt.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Dritte Lesung des Redezeitgesetzes.

Politische Neuigkeiten.

Das Verbot der Selbstschutzorganisation.

Aus Berlin wird vom Samstag gemeldet:
Im Reichsrat wurde heute der Gesetzentwurf zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages (Verbot der Selbstschutzorganisationen) mit den Stimmen aller Länder gegen die bayerischen Stimmen angenommen.
Der bayerische Gesandte von Freger erklärte im Auftrage der bayerischen Staatsregierung, er habe bereits im Ausschuss des Reichstages darauf hingewiesen, daß der Gesetzentwurf nicht im Einklang stehe mit der Tatsache, daß die Entente den Friedensvertrag gebrochen hat. Der Gesetzentwurf sei außerpolitisch nicht notwendig, innerpolitisch sei er um so bedenklicher, weil er die eben hergestellte Einheitsfront zerstören könnte. Diese Bedenken würden die bayerische Regierung, gegen den Gesamtentwurf nachdrücklich Widerspruch zu erheben.

Reichsminister des Innern Dr. Koch antwortete darauf, der Gesetzentwurf sei dem Zwange der außenpolitischen Lage entsprungen; er beweise, unsere Gesetze in Einklang zu setzen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, über die er in keinem Punkte hinausgehe. Die Reichsregierung erfülle eine bittende Pflicht. Es wäre nicht zu verantworten, wenn sie jetzt eine Bestimmung des Friedensvertrages unausgeführt lasse und dadurch der Entente aus diesem Anlaß besonders erwünschte Gelegenheit zu weiteren Repressalien gebe.

Im Namen Preußens erklärte Staatssekretär Köhler, daß sich Preußen allen tatsächlichen Ausführungen des Reichsministeriums anschließen werde.

Die Stimmung in Nordbayern.

Zu den Meldungen, daß die bayerische Regierung und die bayerischen Koalitionsparteien neuerdings in der Frage der Entlassung der Einwohnervoten gegen die Reichsregierung Stellung nehmen — nach einer Blättermeldung hat die bayerische Volkspartei im Weise v. Mahr's beschlossen, sofort aus der Regierung im Reich auszuschneiden — bemerkt die sozialdemokratische „Frankfurter Tagespost“:
„Der Minister Mahr erdreistet sich, gegen ein Entlassungsgesetz zu obstruieren und nicht allein das formelle Verprechen an die Regierung Fehrenbach zu widerrufen, sondern auch der Reichsregierung neue Schwierigkeiten zu machen. Die Haltung der Sozialdemokratie in der Entlassungsfrage ist bekannt. Auch diesmal wird unsere Partei alles daran setzen, um der bayerischen Politik einen Damm entgegenzustellen. Soweit die Reichsregierung sich bemüht, der bayerischen Volkspartei den Vorschlag zu machen, ist sie der Unterstützung der Sozialdemokratie sicher. Werden diese Bemühungen jedoch unterbleiben, dann wird eine entsprechende Haltung der Sozialdemokratie die Folge sein.“

Die unparteiische „Münchener Zeitung“ schreibt zur gleichen Sache kurz: „Falls die Regierung des deutschen Landes Bayern auch jetzt noch in der höchsten Not des Gesamtwaterlandes den in Übereinstimmung mit dem Reichstage getroffenen Maßnahmen der Reichsregierung bezüglich der Entlassung der Einwohnervoten sich zu widersetzen würde, den traurigen Mut haben würde, so würde sie einen unerwartet wirklichen Bruch der deutschen Einheitsfront angesichts des Feindes vollziehen. Wir wollen und können nicht glauben, daß die demokratische Fraktion des Landtages diese reichsfeindliche Aktion mitmachen würde.“

Die unparteiische „Münchener Zeitung“ führt in einem langen Artikel u. a. aus: „Wir glauben nicht, daß die Münchener Politik auf dem rechten Wege ist, wenn sie sich von neuem isoliert. Man muß endlich auch in München lernen, die Dinge in ihrem Zusammenhang zu sehen und nicht nur von dem engen Gesichtskreis aus, der in dieser Frage die Münchener Politik bestimmt hat.“

Zur Frage der Schuld am Weltkrieg.

Der mit der Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben, betraute Untersuchungsausschuss des Reichstages beschloß die Annahme folgender Feststellung:

Der Ausschuss hat die von den Sachverständigen erstatteten Referate, die wir gestern Abend mitteilen, geprüft. Die folgenden Tatsachen und Daten hält der Ausschuss für erwiesen:

I. Vorbemerkungen.
1. Die am 25. Juli 1914 um 9 Uhr 30 Min. abends verfügte Österreichisch-ungarische Teilmobilisierung gegen Serbien umfaßte 8 Armeekorps von insgesamt 22 Divisionen. Kein Bezirk dieser 8 Armeekorps grenzt an russisches Gebiet. Serbien hatte seine Mobilisierung am demselben Tage um 8 Uhr nachmittags ausgesprochen.

2. In der Zeit vom Abend des 25. Juli bis zum Mittag des 31. Juli ist nach den Akten des Wiener Kriegsministeriums keine weitere Mobilisierung angeordnet worden. Die eigenen Tagesberichte des russischen Generalstabes bestätigen, daß dort noch am Abend des 30. Juli von einer allgemeinen Mobilisierung in Österreich-Ungarn nichts bekannt war.

3. Die amtlich zugegebene russische Teilmobilisierung vom 29. Juli erstreckt sich über ein Gebiet von 68 Millionen Einwohnern. Sie umfaßt 65 Infanterie- sowie 8 1/2 Kavallerie- Divisionen, außerdem mehrere Kavallerieformationen und 60 Matrosen aus den weitesten nördlich gelegenen Gouvernements auf.

4. Die Mobilisierung der englischen Flotte war außerordentlich erleichtert durch den Umstand, daß seit dem 16. Juli die drei Heimflotten mit 480 Wimpeln zu einer Probemobilisierung mit Mandern u. Portland versammelt waren, und am 26. Juli die vorgezeichnete Demobilisierung einstellten.

II. Zeitliche Reihenfolge der Anordnungen des letzten Stadiums vor der allgemeinen Mobilisierung.

1. Rußland: Offizielle Inkrafttreten der „Kriegsvorbereitungsperiode“ für das ganze europäische Rußland: 26. Juli.
2. Frankreich: „Warnungstelegramm“ (warnin telegram) für Meer und Flotte: 29. Juli.

3. Frankreich: Befehl zur Aufstellung des Grenzschiebes (ordre de depot en couverture) 30. Juli.

4. Österreich-Ungarn: „Alarmierung“ gegen Rußland: 31. Juli.

5. Deutschland: „Zustand drohender Kriegsgefahr“ 31. Juli.

III. Zeitliche Reihenfolge der allgemeinen Mobilisierung der Großmächte.

(Alle Stunden nach mittlereuropäischer Zeit.)

1. Rußland: Wahrscheinlich insgeheim beschloß: 29. Juli, im Laufe des Abends.

Offiziell angeordnet: 30. Juli, 6 Uhr abends.

2. Österreich-Ungarn: 31. Juli, 12.23 Uhr nachm.

3. Frankreich: 1. August, 4.40 nachm.

4. Deutschland: 1. August, 5 Uhr nachm.

5. England Flotte: 2. August, 2.25 Uhr morgens.
Landheer (Expeditionskorps): 3. August, 12 Uhr mittags.

Das Ergebnis der preuß. Landtagswahlen.

Nach den endgültigen amtlichen Errechnungen des Landeswahlleiters sind bei den Landtagswahlen am 20. Februar 1921 auf die einzelnen Parteien folgende gültige Stimmen entfallen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	4 294 071
Deutschnationale Volkspartei	2 957 309
Zentrumspartei	2 810 577
Deutsche Volkspartei	2 318 185
Bereinigte kommunistische Partei Deutschlands	1 211 741
Unabhängige sozialdem. Partei Deutschlands	1 076 344
Deutsche Demokratische Partei	1 012 759
Deutsche Bauernpartei	438 219
Christlich-sozialistische Partei des deutschen Mittelstandes	192 392
Christliche Volkspartei	14 140
Polnische Partei	12 081
Schleswig-Holsteiner Partei	4 720
Fractionslose Partei	988
Christlichsozialistische Volkspartei	982

Danach entfallen auf die Mehrheitssozialisten 114 (gegen 146 bisher); auf die Deutschnationale Volkspartei 75 (gegen 48); auf die Zentrumspartei 81 (gegen 89); auf die Deutsche Volkspartei 68 (gegen 23); auf die Vereinigten Kommunisten 81; auf die Unabhängigen 28 (gegen 24); auf die Demokratische Partei 65; auf die Deutsch-Bauernpartei 11 (gegen 8); auf die Christlichsozialistische Partei 4 Abgeordnete. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt also 429 (gegen 402 in der Landesversammlung).

Kurze polit. Nachrichten.

* Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten. Dem Berl. „Vol.-Anz.“ zufolge verläutet in parlamentarischen Kreisen die Reichsregierung beabsichtigt, in der nächsten Woche die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten wieder zusammenzutreten zu lassen. Die Konferenz werde sich mit den Fragen beschäftigen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergeben.

zu lassen. Die Konferenz werde sich mit den Fragen beschäftigen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergeben.

* Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin setzte am Donnerstag die Beratungen fort und führte sie zu Ende. Die Beratungen trugen wie gestern einen vertraulichen Charakter.

Beschlagnahme von Privatwohnungen im neu besetzten Gebiet. Die alliierten Militärbehörden haben in Düsseldorf über 650, in Ruhrort 230 und in Duisburg 475 Privatwohnungen für Offiziere und Beamte beschlaggenommen. Die Gesamtzahl der bisher in Düsseldorf und Duisburg einmarschierten Truppen beträgt 10 500 Mann. In Düsseldorf sind die ersten 260 Zollbeamten eingetroffen, für die innerhalb 8 Tagen die nötigen Wohnungen von der Stadtgemeinde bereitgestellt sein müssen.

* Ein Zwischenfall in Düsseldorf. Einem Bericht aus Düsseldorf zufolge hat sich am Freitag in Düsseldorf ein Zwischenfall abgespielt: Ein Offizier der Düsseldorf-Schutzpolizei, der an einem französischen Offizier vorbeiging, ohne in vorchriftsmäßiger Weise zu grüßen, wurde von diesem mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen. Der deutsche Offizier zog die Pistole und schoß den Weidwiger nieder.

* Eine Kundgebung in München. Vor der Feldherrnhalle in München kam es gestern zu einer riesigen Demonstration gegen die Bergewaltigung Deutschlands durch die Entente. Oberst von Planher hielt eine Ansprache. Nach Ansprachen zweier weiterer Redner zogen Tausende nach dem Regierungsgebäude, wo Ministerpräsident von Kahr vor einer zu ihm entsandten Abordnung erklärte, der Schwindel von der Schuld des deutschen Volkes am Kriege müsse beseitigt werden; die Frage dürfe nicht ruhen.

* Ein Dynamitanschlag auf die Berliner Siegesfäule. In Berlin wurde gestern von 5 Unbekannten, wahrscheinlich Russen oder Polen, versucht, die Siegesfäule durch 6 Kilogramm Dynamit in die Luft zu sprengen. Der Anschlag wurde noch rechtzeitig entdeckt. Die Lunte war bereits angezündet.

Frankreich rüft. Der französische Senat bewilligte die Einberufung des Jahrgangs 1921. Warthon, der die Vorlage vertrat, erklärte, es sei unmöglich, nur mit dem Jahrgang 1920 den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage gerecht zu werden.

Badische Webersicht.

Keine Richtpreise für Vieh und Fleisch im Bezirk des Landeskommissariats Karlsruhe.

Im Karlsruher Bezirksamt fand am Samstag morgen unter dem Vorsitz des Landeskommissars für die Kreise Karlsruhe und Baden, v. W i t t e b e n, eine Sitzung statt, die sich mit der Frage der Festsetzung von Richtpreisen für Vieh und Fleisch befaßte. Zu der Besprechung hatten sich die Amtsvorstände des Landeskommissariatsbezirks Karlsruhe, Vertreter des Ministeriums des Innern, des Landespreiskamts, der Staatsanwaltschaft, der Bezirkspreisprüfstellen, der Landwirtschaft, des Viehhändlers, der Metzger und der Verbraucher (Gewerkschaften, Beamtenbund, Hausfrauenbund) eingeladen. Der Vorsitzende, sowie der Leiter des Landespreiskamts Oberregierungsrat Dr. S c h t erl errieten einleitende Referate, in denen sie nach kurzer Darlegung der in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen die Frage zur Erörterung stellten, ob angesichts der stellenweise erheblichen Unterschiede der Vieh- und Fleischpreise im Landeskommissariatsbezirk die Festsetzung von Richtpreisen zweckmäßig sei. An die Vorläge schloß sich eine eingehende Aussprache, in der vor allem sachverständige Redner aus den Landeskommissariatsbezirken Rottweil, Freiburg und Mannheim ihre Erfahrungen mitteilten. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgender Entschlußfassung, die einstimmig Annahme fand, niedergelegt:

„Von der Festsetzung von Richtpreisen für Vieh und Fleisch für den Bezirk des Landeskommissariats Karlsruhe wird abgesehen. Das Landespreiskamt soll in Fühlung mit den örtlichen Preisprüfstellen wie bisher die Preise überwachen und auf einen Ausgleich und eine Senkung der Preise hinwirken. Im übrigen soll die Preisregelung den örtlichen Preisprüfstellen überlassen werden.“

LPD. Die örtliche Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden findet am 16. und 17. April in Freiburg statt.

Aus der Landeshauptstadt.

* Die Abreise der Oberfleischler. Gestern früh halb 8 Uhr erfolgte auf dem hiesigen Bahnhof die Verabschiedung des letzten Transports heimattreuer Oberfleischler aus Oberbaden. Vorträge des Musikvereins und Hochrufe einer großen Zuschauermenge begrüßten den Zug. Auch Staatspräsident Traut, Staatsrat Wittenmann und Oberbürgermeister Dr. Winter hatten sich auf dem Bahnhofsplatz eingefunden. Nach einer kurzen Ansprache, die von Oberbürgermeister a. D. Slegel im Auftrage des Schubundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen an die Oberfleischler richtete, führte Staatspräsident Traut den Abschieden die Bedeutung der Abstammung vor Augen.

Sie haben, so führte er u. a. aus, ein hohes Amt für den nächsten Sonntag übernommen, eine große Aufgabe zu lösen. Es gibt nichts Wichtigeres für die nächste Zeit, als die Lösung der oberfleischlerischen Frage; sie bedeutet den Frieden in Mitteleuropa, den Frieden der Welt! Wenn Oberfleischler deutsch bleibt, bedeutet das die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Das ist die Voraussetzung des Friedens in Mitteleuropa. Deshalb, wenn Sie am nächsten Sonntag zum Kampfe herübergegangenen antreten, wenn Sie Ihre Pflicht tun, seien Sie überzeugt, die badische Staatsregierung und das badische Volk ohne Unterschied ist bei Ihnen. Ich danke Ihnen für die Fahrt für die Mühen, für die Betätigung Ihrer Überzeugung und Liebe zum deutschen Vaterland, für Ihren Kampf, damit Oberfleischler deutsch bleibt, wie es deutsch ist und deutsch war. In diesem Sinne gestatten Sie mir Ihnen zu zumphen im Namen der badischen Regierung und des badischen Volkes ohne Unterschied des Glaubens und der Partei: Mit Gott nach Oberfleisch! Mit Gott zur Heimat! Mit Gott zur deutschen Zeit! Mit Gott zur frohen Wiederkehr in Ihre alte Heimat, in das badische Land! Bewegten Herzens geben die Anwesenden ihrer Zustimmung durch reichen Beifall Ausdruck.

Namens der Stadt Karlsruhe sprach sodann noch Oberbürgermeister Dr. Winter. Für die Oberfleischler dankte Herr Krauß für die herzlichen Worten. Unter den Klängen des von der Musikkapelle intonierten niederländischen Dankgebets betraf sodann der Zug die Halle.